

N I E D E R S C H R I F T
über
die 23. Sitzung der Gemeindevertretung vom 27. April 2009

T A G E S O R D N U N G:

1. a) Bericht des Vorsitzenden
b) Bericht des Gemeindevorstandes
2. a) Beratung und Beschlussfassung zur Beantragung von Fördermitteln aus dem Konjunkturprogramm II zur Sanierung der MZH

b) Beratung und Beschlussfassung zur Beantragung von Fördermitteln aus dem Konjunkturprogramm II zur Erneuerung der Sportplatzdecke des SSV Steinbrücken in Kunstrasenausfertigung

c) Beratung und Beschlussfassung zur Beantragung von Fördermitteln aus dem Konjunkturprogramm II zur Erneuerung der Außenspielfläche Kindergarten Rittershausen
- 3.) Beratung und Beschlussfassung über die notwendige Mittelbereitstellung im Vorgriff auf den 1. Nachtragsetat zur teilweisen Erneuerung Kanal- und Wasserleitung im Zuge der Sanierung der Hauptstraße
- 4.) Beratung und Beschlussfassung über die notwendige ergänzende Mittelbereitstellung im Vorgriff auf den 1. Nachtragsetat zur Erneuerung der Minigolfanlage
- 5.) Beratung und Beschlussfassung über die erforderliche Mittelbereitstellung im Vorgriff auf den 1. Nachtragsetat zum Gehwegneubau „Industriestraße zwischen REWE und ALDI“ bergseitig
- 6.) Beratung und Beschlussfassung über die Mittelbereitstellung zum Ausbau / Umgestaltung Bahnhofsvorplatz im Rahmen der Dorferneuerung im Vorgriff auf den 1. Nachtragsetat
- 7.) Beratung und Beschlussfassung über die erforderliche Mittelbereitstellung zur Sanierung Eingangsbereich DGH alt OT Mandeln und Überdachung mit Pergola im Vorgriff auf den 1. Nachtragsetat
- 8.) Antrag der CDU-Fraktion vom 21.02.09
Klärung der gesetzlichen Bedingungen und Kostenermittlung der Errichtung eines Friedwaldes in der Gemarkung Dietzhölztal
- 9.) Antrag der FWG-Fraktion vom 24.02.09
Behindertengerechter Umbau der Fußgängerüberwege an Ampelanlagen in der Gemarkung Dietzhölztal
- 10.) Antrag der FWG-Fraktion vom 24.02.09
Überdachung und seitlicher Wind- und Wetterschutz Balkon, DGH Steinbrücken
- 11.) Antrag der SPD-Fraktion vom 31.03.09
Sicherstellung der hausärztlichen Versorgung in Dietzhölztal
- 12.) Antrag der SPD-Fraktion vom 31.03.09
Verbesserung des Rettungsdienstes in Dietzhölztal
- 13.) Verschiedenes

Begrüßung, Beratungen und Beschlussfassungen:

Unter Begrüßung der Anwesenden eröffnete Vorsitzender Nadler die 23. Sitzung der Gemeindevertretung in der lfd. Legislaturperiode.

Bei Eröffnung der Sitzung waren 21 Gemeindevertreter anwesend.

Damit war Beschlussfähigkeit gegeben.

Einladung und Tagesordnung waren ordnungsgemäß. Einwände wurden nicht erhoben.

1.

a. Bericht des Vorsitzenden

Gegen die Niederschrift vom 23.02.09 wurden innerhalb der vorgesehenen Frist keine Einwände vorgebracht. Das Protokoll ist damit angenommen.

b. Bericht des Gemeindevorstandes

Bürgermeister Aurand ging auf folgende Themen ein:

a. Erschließung „In der Heg II“

Der Auftrag zur Erschließung wurde vergeben.

Erfreulicherweise bewegt sich das Volumen unter dem Haushaltsansatz.

Andererseits erhöht sich der Kostenumfang für die Gewässerverlegung um ca. 80.000,00 €. Insgesamt bewegen sich die Kosten jedoch im Haushaltsansatz.

b. Haushaltsplan 2009

Die Kommunalaufsicht hat inzwischen die Genehmigung zum Haushalt 2009 erteilt, inklusive des involvierten Darlehens in Höhe von 400.000,00 € für das Altenheim.

c. Feuerwehrfahrzeug LF 10/6 – FFW Steinbrücken

Das Fahrzeug wurde zwischenzeitlich geliefert und bereits im ersten Einsatz verwendet.

Der ebenfalls bestellte MTW lässt noch etwas auf sich warten.

d. Neubau Kiga-Brücke / Mauersanierung – OT Rittershausen

Die entsprechenden Aufträge wurden vergeben. Mit der Umsetzung ist in Kürze zu rechnen.

e. Prüfung Sachanlagevermögen

Das Amt für Revision- und Vergabewesen hat das Sachanlagevermögen der Gemeinde festgestellt auf 27.013.948,00 €.

Die Bewertung des Vermögens ist Voraussetzung für die Erstellung

der Eröffnungsbilanz.

f. Parkplatz Friedhof Sasenberg

Seitlich des Friedhofs wurde ein weiterer kleiner Parkplatz angelegt.

g. Ehemaliges Hotel Wickel

Aus Zeitungsannoncen war zu entnehmen, dass der Kreis erneut Gebäude für Asylbewerber sucht.

Im vergangenen Jahr wurde das erworbene Gebäude aus diesem Grund bereits dem Kreis angeboten. Eine Wiedernutzung im vor bezeichneten Sinn, schließt der LDK jedoch aus.

h. Ehemaliges Hotel Wickel

Unabhängig von der Wiedernutzung ist die Kostenschätzung für die vorgesehene Sanierung des Gebäudes noch nicht abgeschlossen.

i. Öko-Konto

Inzwischen wurde der Auftrag erteilt zur Einrichtung einer naturschutzrechtlichen Eingriffs- / Ausgleichsbilanzierung.

j. Neubau Feuerwehrgerätehaus Ewersbach

Der Planungsauftrag wurde inzwischen erteilt.

Auf Kreisebene steht der Neubau in der Prioritätenliste auf Platz 1. Damit bestehen gute Chancen für eine Landeszuwendung.

Zum Bericht des Gemeindevorstandes stellte Frakt.-Vors. Kreck (CDU) die Anfrage, ob die Vergabe der Baumaßnahme „Brücke und Mauersanierung–OT Rittershausen– sich innerhalb des Haushaltsansatzes bewegte.

Bürgermeister Aurand verwies darauf, dass das Kostenvolumen für den Brückenneubau mit rd. 89.000,00 € etwas günstiger liege und die Mauersanierung sich bei ca. 156.000,00 € bewegt.

2. a) **Beratung und Beschlussfassung zur Beantragung von Fördermitteln aus dem Konjunkturprogramm II zur Sanierung der MZH**
- b) **Beratung und Beschlussfassung zur Beantragung von Fördermitteln aus dem Konjunkturprogramm II zur Erneuerung der Sportplatzdecke des SSV Steinbrücken in Kunstrasenausfertigung**
- c) **Beratung und Beschlussfassung zur Beantragung von Fördermitteln aus dem Konjunkturprogramm II zur Erneuerung der Außenspielfläche Kindergarten Rittershausen**

Auf die Vorlage wurde verwiesen.

Vor Einstieg in die Beratung verließ GV Brömer (FWG) den Sitzungsraum, gem. § 25 HGO. Ebenso war Bauamtsleiter Schneider bei der Beratung nicht anwesend.

Einleitend erläuterte Bürgermeister Aurand die unterschiedlichen Kriterien für die Inanspruchnahme des Konjunkturpaketes von Bund und Land und die auf die Gemeinde voraussichtlich entfallenden Anteile der konjunkturellen Förderung auf Landesebene in Höhe von rd. 439.000,00 € und Bundesebene rd. 135.000,00 € und die daraus resultierenden Rückzahlungsverpflichtungen.

Im Hinblick auf die Haushaltsberatung 2009 hat der Gemeindevorstand die Prioritätenliste, gem. Vorlage, aufgestellt zur Verwendung der Fördermittel. Dabei steht die Sanierung der MZH an erster Position und nachfolgend Sportplatz Steinbrücken sowie Außenspielfeldanlage Kiga Rittershausen.

Der Haupt- und Finanzausschuss hat in seiner Sitzung am 20.04.09 einstimmig dafür plädiert, die Vorhaben gemäß Vorschlag des Gemeindevorstandes zur Förderung aus Bundes- und Landesmitteln anzumelden und der Gemeindevertretung zur Annahme zu empfehlen.

Der Ausschuss für Umwelt, Bau und Liegenschaften hat in seiner Sitzung am 23.04.09 einstimmig die vorgeschlagenen Maßnahmen für das Konjunkturpaket II beschlossen und der Gemeindevertretung zur Annahme empfohlen sowie die im Etat 2009 enthaltenen 100.000,00 € als Planungskosten festzuschreiben.

Der Ausschuss für Jugend, Sport, Freizeit und Soziales hat sich in seiner Sitzung am 22.04.09 ebenso einstimmig dafür ausgesprochen, die Fördermittel aus dem Konjunkturprogramm II, gem. der vorgeschlagenen Reihenfolge anzumelden und der Gemeindevertretung zur Annahme empfohlen.

Ergänzend stellte GV Schwedes (FWG) die Frage, mit welchen Finanzmitteln der SSV Steinbrücken rechnen kann.

Bürgermeister Aurand wies darauf hin, dass bisher nicht bekannt sei, welche Zuwendung, aus welchem Programm, gewährt wird. Darüber hinaus wurde unter Hinweis auf die seit längerem geführte Diskussion über die Notwendigkeit der Sanierung der MZH, die Anmeldung der Fördermaßnahmen in der vorgeschlagenen Reihenfolge auf den Weg gebracht. Soweit die in der Priorität führende Maßnahme „Sanierung MZH“ nicht zum Zuge kommt, oder eine andere Gemeinde Mittel nicht ausschöpfen kann, ist es denkbar, dass nicht verbrauchte Mittel im Rahmen einer Neuverteilung zur Verfügung stehen und ggfls. danach der Sportplatz Steinbrücken als Zweitfördermaßnahme aufgegriffen wird.

Für die CDU-Fraktion verwies Frakt.-Vors. Kreck darauf, dass parallele Bezuschussung eher unwahrscheinlich ist und in der ersten Tranche der Konjunkturfördermittel die MZH Priorität genießt. Unwahrscheinlich sei auch, dass andere Gemeinden Verzicht übten, oder bei der Förderung unberücksichtigt blieben.

Für die SPD-Fraktion verwies Frakt.-Vors. Scholl darauf, dass die vorgeschlagene Reihenfolge der Fördermaßnahmen Sinn macht, weil die MZH seit langem Baustelle ist. Unbeschadet der Wichtigkeit der Sportplatzsanierung besteht ggfls. nachfolgend weiterer Beratungsbedarf.

GV Reh (FDP) regte zunächst Zurückhaltung an bis feststeht, was die Gemeinde aus dem Konjunkturprogramm bewegt.

Abschließend schlug Vorsitzender Nadler (CDU) vor, die Fördervorschläge zusammenfassend zu entscheiden. Einwände wurden nicht erhoben.

Die Gemeindevertretung beschloss einstimmig, die Antragstellung für Fördermittel aus dem Konjunkturpaket II, gem. Vorlage, in kombinierter Antragstellung für Bundes- und Landesmittel zur Sanierung und Modernisierung der Mehrzweckhalle sowie die Vorziehung der Maßnahme in das lfd. Haushaltsjahr und gleichzeitig die veranschlagten Haushaltsmittel in Höhe von 100.000,00 € als Planungskosten festzustellen.

An der fortgesetzten Beratung nahm GV Brömer (FWG) wieder teil.

3. Beratung und Beschlussfassung über die notwendige Mittelbereitstellung im Vorgriff auf den 1. Nachtragsetat zur teilweisen Erneuerung Kanal- und Wasserleitung im Zuge der Sanierung der Hauptstraße

Auf die Vorlage wurde verwiesen.

Ergänzend wies Bürgermeister Aurand nochmals darauf hin, dass der Zustand der OD seit langem bekannt sei und der Gemeindevorstand in der Vergangenheit bereits schriftlich auf die Problematik verwiesen hat. Nach vorliegenden Informationen ist nunmehr die Deckenerneuerung im lfd. Jahr vorgesehen vom Ortsausgang Steinbrücken bis zum Verkehrskreisel.

Daher bietet es sich an, im Zuge der OD Ewersbach, die Kanalsanierung und in geringerem Maße, Wasserleitungssanierung parallel durchzuführen. Allerdings sind diese Maßnahmen mit einem erheblichen Investitionsbedarf verbunden.

Der Haupt- und Finanzausschuss hat in seiner Sitzung am 20.04.09 einstimmig beschlossen, die erforderlichen Haushaltsmittel in Höhe von 1,35 Mio. Euro im Vorgriff auf den 1. Nachtragsetat 2009 für Kanal- und Wasserleitungsbau in der Hauptstraße – OT Ewersbach – bereitzustellen.

Der Gemeindevertretung wird die Annahme empfohlen.

Der Ausschuss für Umwelt, Bau und Liegenschaften hat in seiner Sitzung am 23.04.09 ebenfalls einstimmig die Bereitstellung von 1,35 Mio. Euro für die geplanten Maßnahmen empfohlen.

Ohne weitere Aussprache beschloss die Gemeindevertretung einstimmig die Veranschlagung der geschätzten Baukosten im 1. Nachtragsetat 2009, gemäß Vorlage.

4. Beratung und Beschlussfassung über die notwendige ergänzende Mittelbereitstellung im Vorgriff auf den 1. Nachtragsetat zur Erneuerung der Minigolfanlage

Auf die Vorlage wurde verwiesen.

Einleitend verwies Bürgermeister Aurand darauf, dass die Umgestaltung der Minigolfanlage ein Segment aus dem Gestaltungskonzept Hammerweiher ist und seinerzeit im Zuge der Diskussion vorsorglich 150.000,00 € Haushaltsmittel eingeplant wurden. Unter Zugrundelegung der Beschlusslage des Ausschusses für Umwelt, Bau und Liegenschaften hat der Gemeindevorstand die Umsetzung aufgegriffen mit entsprechender Erweiterung der Bahnen und mit hochwertigem Material. Dabei war dem Ausschuss durchaus geläufig, dass die Kosten über 200.000,00 € liegen, zzgl. Mwst. und Planungskosten.

Nach der Ausschreibung zeichnete sich der Kostenumfang in der jetzt benötigten Höhe ab, wobei das Planungsbüro in der letzten Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses bereits Kürzungen trotz Auftragsvergabe einbezog und daraus bereits eine Kostenreduzierung um rd. 20.000,00 € eintrat.

Der Haupt- und Finanzausschuss hat in seiner Sitzung am 20.04.09 einstimmig dafür plädiert, im Vorgriff auf den 1. Nachtragsetat 2009 weitere 120.000,00 € bei der Kostenstelle 336.12 „Freizeitanlage Hammerweiher“ bereitzustellen.

Allerdings behielt sich der Ausschussvorsitzende rechtliche Schritte vor, unter Einbeziehung der Kommunalaufsicht.

Bürgermeister Aurand hielt dem entgegen, dass formal die Beschlüsse nicht zu beanstanden sind, da von dem Planungsansatz bisher lediglich rd. 20.000,00 € zur Verausgabung angewiesen wurde, sodass bisher keine überplanmäßige Ausgabe vorliegt.

Im Übrigen habe der Gemeindevorstand im Hinblick auf die Eilbedürftigkeit der Maßnahme die zügige Umsetzung beschlossen, bei gleichzeitiger Mittelbeantragung. Es ergeben sich lediglich Mehrkosten in Höhe von rd. 8.000,00 €, und es sind weitere Einsparungen möglich. Insofern ist die Aufregung unverständlich.

Der Ausschuss für Umwelt, Bau und Liegenschaften hat in seiner Sitzung am 23.04.09 ebenfalls einstimmig die Erhöhung des Haushaltsansatzes um 120.000,00 € auf insgesamt 270.000,00 € empfohlen.

Für die CDU-Fraktion wies Frakt.-Vors. Kreck unter Hinweis auf die Beratung zum Gestaltungskonzept Hammerweiher darauf hin, dass die Rechte des Parlamentes beeinträchtigt gesehen werden, weil spätestens nach dem Submissionsergebnis der Kostenumfang bekannt war und damit der Planansatz überschritten wird. Auch wenn bisher kaum Finanzmittel aus dieser Kostenstelle verausgabt wurden, so hätte dennoch unverzüglich die Gemeindevertretung angerufen werden müssen. Ebenfalls sei die Berücksichtigung von Alternativen nicht möglich gewesen. Insofern wurde die Handlungsweise des Gemeindevorstandes als politische Erpressung bezeichnet, weil nach Beginn der Baumaßnahme keine Alternative mehr ausschöpfbar wäre.

Anders ist die vom Parlament eingenommene Haltung zur Erweiterung des Restaurants Hammerweiher zu sehen. Aus diesem Grund wurde die Frage in den Raum gestellt, ob künftig die Einrichtung eines Sperrvermerks notwendig sei.

Unbeschadet der Empfehlung des Haupt- und Finanzausschusses zur Nutzung weiteren Einsparpotentials, wurde der Verfahrensablauf als absolutistisch bezeichnet.

Die SPD-Fraktion – Frakt.-Vors. Scholl – sah in den Äußerungen der CDU-Fraktion einen Zusammenhang im Vorgriff auf die Bürgermeisterwahl.

Der Kostenumfang habe unter Zugrundelegung der Beschlusslage des Ausschusses für Umwelt, Bau und Liegenschaften auch dem Parlament bekannt sein müssen. Dennoch wurden abweichend lediglich 150.000,00 € in den Haushaltsansatz gebracht. Ferner habe der Gemeindevorstand einstimmig die Auftragsvergabe beschlossen. Die bisher gefassten Beschlüsse seien formal korrekt und bestätigend wurde darauf aufmerksam gemacht, dass lediglich rd. 20.000,00 € verausgabt wurden. Die politische Wertung der CDU-Fraktion kann daher nicht geteilt werden. Der gute Wille des Gemeindevorstandes sei deutlich erkennbar, weil eine schnelle und zeitige Umsetzung der Baumaßnahme notwendig sei.

Für die FWG-Fraktion regte Frakt.-Vors. Pfeifer an, künftig eine schriftliche Kostenermittlung vorzulegen. Im Hinblick auf eine Schadensbegrenzung kann zugleich das Planungsbüro zur Einhaltung der Kosten verpflichtet werden.

GV Reh (FDP) stellte ergänzend die Frage, ob die im Raum stehenden 270.000,00 € als abschließende Summe zu sehen sind, oder mit weiteren Kosten gerechnet werden muss.

Bürgermeister Aurand wies darauf hin, dass die Baukosten damit abgedeckt sind unbeschadet der notwendigen Folgekosten für Pflege und Unterhaltung.

GV Braun (CDU) verwies auf Gerüchte, dass die im Raum stehenden Kosten nicht als ausreichend gesehen werden.

GV Krau (SPD) hielt dagegen die Ausführungen des Planungsbüros in der Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses für realistisch, zumal bei zurückliegenden Baumaßnahmen die Kostenansätze des Planungsbüros

nahezu immer eingehalten wurden.

Abschließend sprach sich die Gemeindevertretung mit 21 Ja-Stimmen bei 1 Enthaltung für die Erhöhung des Haushaltsansatzes um 120.000,00 € auf 270.000,00 € aus im Zuge des 1. Nachtragsetats.

5. **Beratung und Beschlussfassung über die Mittelbereitstellung zur Pflasterung der Gehwegfläche Rewe-Markt bis Aldi-Markt im Vorgriff auf den 1. Nachtragsetat**

Auf die Vorlage wurde verwiesen.

Der Haupt- und Finanzausschuss hat in seiner Sitzung am 20.04.09 einstimmig die Bereitstellung der notwendigen Haushaltsmittel in Höhe von 50.000,00 € im Vorgriff auf den 1. Nachtragsetat 2009 beschlossen und zur Annahme empfohlen.

Der Ausschuss für Umwelt, Bau und Liegenschaften hat in seiner Sitzung am 23.04.09 ebenfalls einstimmig die Bereitstellung der erforderlichen Haushaltsmittel empfohlen, unter Berücksichtigung der angeregten geringfügigen Erweiterung der Gehwegfläche zwischen ALDI und Radweg.

Ohne weitere Aussprache beschloss die Gemeindevertretung einstimmig die Bereitstellung der erforderlichen Haushaltsmittel im Vorgriff auf den 1. Nachtragsetat 2009.

6. **Beratung und Beschlussfassung über die Mittelbereitstellung zum Ausbau / Umgestaltung Bahnhofsvorplatz im Rahmen der Dorferneuerung im Vorgriff auf den 1. Nachtragsetat**

Auf die Vorlage wurde verwiesen.

Der Haupt- und Finanzausschuss hat in seiner Sitzung am 20.04.09 einstimmig empfohlen, die erforderlichen Haushaltsmittel in Höhe von 40.000,00 € für den Ausbau, bzw. die Umgestaltung des Bahnhofsvorplatzes, im 1. Nachtragsetat bereitzustellen.

Der Ausschuss für Umwelt, Bau und Liegenschaften hat in seiner Sitzung am 23.04.09 ebenfalls einstimmig die Bereitstellung der notwendigen Finanzmittel in Höhe von rd. 80.000,00 € einschließlich der Zuwendung aus dem Dorferneuerungsprogramm empfohlen.

Ohne weitere Aussprache beschloss die Gemeindevertretung einstimmig die Bereitstellung der notwendigen Haushaltsmittel im Rahmen des Nachtragsetats 2009 unter Hinweis auf die Beschlusslage des Ausschusses für Umwelt, Bau und Liegenschaften.

7. **Beratung und Beschlussfassung über die erforderliche Mittelbereitstellung zur Sanierung Eingangsbereich DGH alt OT Mandeln und**

Überdachung mit Pergola im Vorgriff auf den 1. Nachtragsetat

Auf die Vorlage wurde verwiesen.

Ergänzend erläuterte Bürgermeister Aurand, dass die in der Vorlage aufgeführte Variante „b“ die Variante „a“ einschließt.

Der Haupt- und Finanzausschuss hat in seiner Sitzung am 20.04.09 einstimmig empfohlen, die erforderlichen Mittel in Höhe von rd. 27.000,00 € im Vorgriff auf den 1. Nachtragsetat 2009 zur Sanierung des Eingangsbereichs „DGH alt“ im OT Mandeln bereitzustellen.

Der Ausschuss für Umwelt, Bau und Liegenschaften hat in seiner Sitzung am 23.04.09 ebenfalls einstimmig die Bereitstellung der erforderlichen Haushaltsmittel von 27.000,00 € empfohlen.

Ohne weitere Aussprache beschloss die Gemeindevertretung einstimmig die Bereitstellung der erforderlichen Haushaltsmittel für die Variante „b“ im 1. Nachtragsetat 2009.

8. Antrag der CDU-Fraktion vom 21.02.09 Klärung der gesetzlichen Bedingungen und Kostenermittlung der Errichtung eines Friedwaldes in der Gemarkung Dietzhölztal

Der Antrag mit entsprechender Begründung wurde verlesen. Frakt.-Vors. Kreck wies ergänzend darauf hin, dass im Hinblick auf die kontroverse Diskussion in der Bevölkerung, zunächst die gesetzlichen Voraussetzungen und Kosten für die Einrichtung eines Friedwaldes ermittelt werden sollten. Im Hinblick auf das sensible Thema wird sicherlich anschließend ausreichend Gelegenheit sein, zur Führung einer sachlichen und ethischen Diskussion.

Ohne weitere Aussprache gab die Gemeindevertretung dem Antrag einstimmig statt.

9. Antrag der FWG-Fraktion vom 24.02.09 Behindertengerechter Umbau der Fußgängerüberwege an Ampelanlagen in der Gemarkung Dietzhölztal

Unter Hinweis auf den Antrag verlas GV Hofmann (FWG) Antrag und die entsprechende Begründung.

Ergänzend wurde darauf aufmerksam gemacht, dass die Antragstellung sich auf alle Fußgängerüberwege richtet und es sich in der OD Ewersbach anbietet, die Maßnahme in Verbindung mit der Fahrbahnerneuerung auszuführen.

Für die CDU-Fraktion wies Vors. Kreck darauf hin, dass den Gremien die Notwendigkeit schon früher hätte auffallen müssen. Die CDU stimmt daher dem Antrag uneingeschränkt zu.

Ohne weitere Aussprache gab die Gemeindevertretung dem Antrag

unter Berücksichtigung der ergänzenden Begründung statt.

**10. Antrag der FWG-Fraktion vom 24.02.09
Überdachung und seitlicher Wind- und Wetterschutz Balkon,
DGH Steinbrücken**

Frakt.-Vors. Pfeifer verlas den Antrag mit der entsprechenden Begründung.

Ergänzend wurde beantragt, die Kosten der Maßnahme zu ermitteln und zur nächsten Sitzung des Ausschusses für Umwelt, Bau und Liegenschaften am 25.06.09 vorzubereiten.

Die CDU-Fraktion – Frakt.-Vors. Kreck – signalisierte sachliche Zustimmung, präferierte jedoch die Kostenermittlung mit anschließender notwendiger Beratung im Ausschuss für Umwelt, Bau und Liegenschaften.

Die SPD-Fraktion – Frakt.-Vors. Scholl – stützte die Ausführungen der CDU-Fraktion und hielt ebenfalls die Beratung im Ausschuss für angebracht.

Frakt.-Vors. Pfeifer akzeptierte die Änderungsanträge mit entsprechender Vorlage für die nächste Fachausschusssitzung.

Ohne weitere Aussprache gab die Gemeindevertretung einstimmig dem Antrag statt mit den entsprechenden Änderungsanträgen.

**11. Antrag der SPD-Fraktion vom 31.03.09
Sicherstellung der hausärztlichen Versorgung in Dietzhölztal**

Frakt.-Vors. Scholl verlas den Antrag mit entsprechender Begründung.

Ergänzend regte er an, im Interesse der langfristigen Sicherstellung von Hausarztpraxen in Dietzhölztal mit Optimierung der weichen Standortfaktoren, erhöhte Anreize zur Niederlassung zu bieten.

Die CDU-Fraktion – Frakt.-Vors. Kreck – signalisierte Zustimmung zugleich verbunden mit der Anregung, die Prüfung allseitig offen zu führen und ebenso Verhandlungen mit den Krankenkassen nicht auszuschließen. Der vorliegende Antrag sollte zugleich geringfügig umformuliert werden mit der Maßgabe, dass der Gemeindevorstand nicht gebeten, sondern beauftragt wird. Analog der Mitwirkung bei der Errichtung einer Zahnarztpraxis im Bahnhofsgebäude, wurde z.B. die Möglichkeit der Errichtung eines Ärztehauses angeregt.

GV Schüler (CDU) hielt es dringend für erforderlich, die Thematik aufzugreifen im Hinblick auf den sich abzeichnenden Ärztemangel.

GV Schwedes (FWG) stellte Anfrage, ob bereits Ärzte bei der Gemeinde vorstellig geworden seien.

Bürgermeister Aurand verwies darauf, dass sich bisher ein Arzt geäußert habe.

Abschließend sprach sich die Gemeindevertretung einstimmig mit der geringfügigen Umformulierung für den Antrag aus.

**12. Antrag der SPD-Fraktion vom 31.03.09
Verbesserung des Rettungsdienstes in Dietzhölztal**

Der Antrag wurde verlesen mit der entsprechenden Begründung.

Ergänzend verwies Frakt.-Vors. Scholl (SPD) auf notwendige Optimierung des Rettungsdienstes in der Versorgung für Dietzhölztal, weil Defizite bei der Erreichung der derzeit gegebenen Hilfsfristen bestehen. In diesem Zusammenhang bietet es sich auch an, ggfls. die Stationierung eines RTW im Zuge der Neubauplanung „Feuerwehrgerätehaus“ zu prüfen. Informationen zu dieser Thematik ergeben sich aus dem Jahresbericht des Amtes für Brandschutz beim LDK.

Die CDU-Fraktion – Frakt.-Vors. Kreck – wies darauf hin, dass nach vorliegenden Informationen die Stationierung eines RTW in Weidelbach präferiert wird. In diesem Zusammenhang regte er eine Erweiterung des Antrags dahingehend an, dass der Gemeindevorstand zur übernächsten Sitzung der Gemeindevertretung einen Sachstandsbericht zu dieser Thematik abgibt.

Bürgermeister Aurand berichtete, dass der Kreisausschuss die Vorschläge zur Kenntnis genommen hat, allerdings ist der KA nur Verfahrensbeteiligter. Kostenträger für die Einrichtung, bzw. Aufrechterhaltung des Rettungsdienstes sind die Krankenkassen. Es bedarf somit der grundsätzlichen Abstimmung mit dem Kostenträger. Die Gesamthematik ist offensichtlich noch nicht abschließend geklärt. Denkbar sind aber auch andere Varianten der Stationierung eines RTW.

GV Grau (CDU) regte ergänzend an, zunächst das Gespräch mit dem Rettungsdienst Eschenburg zu suchen, weil Praxiswissen bei der Entscheidungsfindung sicherlich hilfreich sei und im Übrigen bei einer Verlagerung von Rettungswachen zum Einen künftig bei dem Rettungsdienst Eschenburg eine Reduzierung eintritt und damit die Versorgung von bisher zwei Fahrzeugen nicht mehr gewährbar ist.

Abschließend gab die Gemeindevertretung einstimmig dem Antrag der SPD-Fraktion statt, unter Berücksichtigung der ergänzenden Antragstellung der CDU-Fraktion.

13. Verschiedenes

Folgende Anfragen wurden gestellt:

a. GV Reh (FDP);

Spielplatz Hammerweiher - Schaukel überprüfen / dringende Reparatur -

b. GV Kreck (CDU);

Sachstand Weitergabe Gemeindevorstandsprotokolle -

Bürgermeister Aurand verwies auf die Erläuterungen in der Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses.

Der Gemeindevorstand hatte sich für eine Überlassung der Gemeindevorstandsprotokolle an den fraktionslosen Gemeindevertreter ausgesprochen. Im Haupt- und Finanzausschuss wurde die Situation hinterfragt. Daraufhin wurde die Kommunalaufsicht und der HSGB gehört. Während die Kommunalaufsicht die Rechtsauffassung mit dem Ergebnis der Rücknahme des Beschlusses vertrat, dem sich auch der Gemeindevorstand im Übrigen angeschlossen hat, vertritt der HSGB eine etwas abweichende Rechtsauffassung im Hinblick auf die ohnehin bestehende Schweigepflicht, gem. § 24 HGO, die im Übrigen die ursprüngliche Auffassung des Gemeindevorstandes bestätigte.

Ergänzend regte GV Kreck (CDU) an, unbeschadet der Berichtspflicht des Bürgermeisters im Rahmen der Sitzungen der Gemeindegremien, die Möglichkeit in Erwägung zu ziehen, den öffentlichen Teil aus der Niederschrift des Gemeindevorstandes bekanntzugeben.

c. GV Geppert (CDU);

Ruhebänke im Bereich „Hohl“ -

Bürgermeister Aurand wies darauf hin, dass die Bänke inzwischen abgeräumt wurden. Eine Neuaufstellung in diesem Bereich ist nicht vorgesehen.

Ergänzend wurde darauf hingewiesen, dass entlang des Radwegs zwischen Storchweg und Hammerweiher die Ruhebänke wieder aufgestellt wurde.

d. GV Kreck (CDU);

Sachstand aktuelle Finanzentwicklung -

Bürgermeister Aurand wies, wie auch in der Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses darauf hin, dass die im Haushalt dargestellten Ansätze auf dem Geschäftsjahr 2006 basieren. Das Geschäftsjahr 2007 wurde insoweit noch nicht berücksichtigt. In den ersten Wochen des lfd. Haushaltsjahres war noch eine erfreuliche Steuerentwicklung zu verzeichnen: Die Mehreinnahmen bewegen sich zur Zeit bei rd. 3,5 Mio. €. Nach ersten vorliegenden Gewerbesteuerbescheiden aus dem lfd. Jahr ist jedoch unter dem Eindruck der Gesamtwirtschaftslage davon auszugehen, dass im Laufe des Jahres ein erheblicher Rückgang zu erwarten ist.

e. GV Becker (CDU);

Parksituation Hallstraße, Forststraße, Vogelsang sowie Blumenfeld -
Angeregt wurde einseitige Halteverbotsanordnung.

Bürgermeister Aurand hielt dem entgegen, dass damit eine entsprechende Kontrolle einhergehen muss.

Gehweg Neubau Industriestraße -
Ebenfalls Halteverbotsregelung, weil die Entstehung von LKW-Parkplätzen befürchtet wird.

Neben der behindertengerechten Herrichtung im Bereich der Fußgängerüberwege wurde auf die Hochbordanlagen im Bereich Marktplatz / Apotheke verwiesen.

f. GV Geppert (CDU);

Eckgrundstück gegenüber Bauhof -
Im Kurvenbereich Polleraufstellung.

gez. Schriftführer

gez. Vorsitzender